

Bezugspreis: Vierteljahr 60.- M. monatl. 20.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis: Die einseitige ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Mittwoch, den 15. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Englands Reparationsplan.

Paris, 15. März. (W.B.) Das Courant ...

Das Moratorium für 1922.

London, 15. März. (W.B.) Zu der bereits ...

wären, früher oder später verwirklicht werden.

Frankreichs Schulden an Amerika.

Bemerkenswert ist eine Erklärung Poincarés, die in einigen ...

Frankreich und das Bememann-Abkommen.

In den letzten Tagen haben zwischen deutschen und fran- ...

Prager Vermittlungspolitik.

Von Rudolf Illon.

Prag, 12. März.

Die Tschechoslowakei, im Herzen Europas gelegen, ist ...

Der einzige wunde Punkt ist das Verhältnis zu Ungarn.

Dagegen ist das Verhältnis der Tschechoslowakei zu den ...

Die Tschechoslowakei war der erste Staat, der Dester- ...

Die Kleine Entente, die als Bollwerk gegen die Rückkehr ...

Um nach außen hin gefestigt zu sein, wird die Kleine ...

Englands schleichende Krise.

London, 15. März. (W.B.) Eine gestern im Unterhaus abge- ...

In dem über die Versammlung von den Veranlassern heraus- ...

„Daily News“ erblickt in dem Ergebnis der gestrigen Ver- ...

Der „Daily Telegraph“ bemerkt, die ursprünglich geplante ...

In anderen englischen Blättern hält man es für sicher, daß die ...

Pariser Meldungen weisen wissen, daß infolge der krisenhaften ...

Die Lage in Südafrika.

London, 15. März. (W.B.) Aus Johannesburg wird gemeldet, ...

Die Stadt Brakpan wurde von den Regierungstruppen ein- ...

Im Parlament von Kapstadt kam es zu stürmischen De- ...

Atempause an der Börse.

Die Devisenkäufe der Industrie und des Großhandels ...

Der Krieg in Kleinasien. Eine Sabotageaktion aus Angora ...

der beiden Nationen mehrten sich. Es scheint daher sogar, daß eine neue tschechisch-deutsche Regierungskoaalition im Entstehen begriffen ist, welche die jetzige Koalition aller tschechischen Parteien ablösen würde. Die bürgerlichen Parteien in beiden Lagern suchen zwar einen nationalen Friedensschluß zu verhindern und die Gegenläge zu verschärfen, ihre Bemühungen werden jedoch hoffentlich ohne Erfolg bleiben, denn das Volk sehnt sich schon nach Ruhe.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie bemühte sich bereits mehrmals, eine gemeinsame Kampffront mit der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei zu bilden, die Gegenläge waren jedoch bisher leider zu groß. Außer der verschiedenen Stellungnahme zu den einzelnen Fragen scheiterten diese Versuche hauptsächlich daran, daß die deutsche Sozialdemokratie als Oppositionspartei viel freiere Hand hat, als die tschechische, welche in der Regierungskoalition vertritt. Es ist jedoch trotzdem anzunehmen, daß es bald zu einer Annäherung der deutschen Sozialdemokratie an die tschechische kommen wird, was auch bei der jetzigen Sachlage nicht nur wünschenswert, sogar auch dringend notwendig ist, denn nur so kann man dem bereits geeinigten tschechisch-deutschen Kapitalismus, welcher sich immer dreister und ungezügelter gebärdet, mit Erfolg entgegenzutreten. Die deutschen Sozialdemokraten werden sich an der Regierung beteiligen müssen, falls sie nicht wünschen, daß an ihrer Stelle die deutschen Agrarier in die Regierung eintreten und diese dann den Kapitalismus noch stärken. Eine einheitliche proletarische Kampffront aller sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei muß ehestens geschaffen werden, sie allein kann die Offensive des Großkapitals abwehren.

Es ist wahr!

Die „Rote Fahne“ bestätigt die beabsichtigte Hinmordung der Sozialrevolutionäre.

Der Protest der sozialistischen Parteien gegen die beabsichtigte Hinmordung der sozialrevolutionären Führer in Rußland hat die „Rote Fahne“ in begründeter Aufregung versetzt. Beugnen kann sie allerdings den Tatbestand nicht, sondern muß zugeben:

Es ist wahr. Das ganze Zentralkomitee und die anderen verantwortlichen Führer der Sozialrevolutionären Partei Rußlands sind verhaftet. Sie sind dem Obersten Revolutionstribunal zur Aburteilung übergeben worden.

Dafür benutzt das ehrenwerte Blatt eine ganze Seite, um die Sozialrevolutionäre mit dem zu verdächtigen, was sie in ihrem eigenen Jargon „Weißmannische Spitzelberichte“ nennen würde, nur daß es sich in diesem Spitzelbericht um die Tscheta handelt. Wenn sie über die ganze Seite fragt „Wer sind die Sozialrevolutionäre?“, so mag eine solche Frage wohl nötig sein für ihre Leser, die erst seit 1918 etwas von Sozialismus gehört haben. Die seit Jahrzehnten organisierten deutschen Arbeiter, die Klopfen des Herzens die russische Revolution von 1905/06 erlebten, und den Heldenkampf der Sozialrevolutionäre gegen den Zarismus kennen, haben nicht nötig, sich über die Sozialrevolutionäre belehren zu lassen, und sie haben nur ein verächtliches Lächeln, wenn die „Rote Fahne“ auf ihre Frage die Antwort erteilt:

Die Sozialrevolutionäre verdienen nicht nur nicht den Namen Sozialisten, sondern sind überhaupt keine politische Partei. Ein Häuflein gewissenloser Abenteuer, das sich mit jedem Weiskardisten und mit jedem gemeinen Verbrecher verband, das im Kampfe mit der Sowjetregierung vor keiner Lüge und vor keiner Gemeinheit zurückschreckte.

Daß dieses „Häuflein gewissenloser Abenteuer“, das nach der „Rote Fahne“ überhaupt keine politische Partei sein soll, bei den Wahlen zur russischen Nationalversammlung im Jahre 1918 die Hälfte sämtlicher Stimmen erhielt, braucht ein Leser der „Rote Fahne“ nicht zu wissen. Ebensovienig, daß diese Sozialrevolutionäre, die sich „mit jedem Weiskardisten verbinden“, die führende Partei in der russi-

chen Revolution von 1905/06 und vom März 1917 waren. Die Berichte von zwei Spitzeln, die sich nach ihren eigenen Angaben als erste zur Ermordung Lenins, Sinowjens usw. angeboten haben und dadurch offenbar der „Rote Fahne“ besonders gläubig und sympathisch sind, genügen ihr, um die ganze Partei in unerhörtester Weise zu verdächtigen. Dabei macht sich besonders schön der Vorwurf, daß die Sozialrevolutionäre von Ludendorff Geld angenommen hätten. Eine wirklich erstaunliche Leistung im Munde der Inimiken von Lenin und Trotski, die seinerzeit unter Ludendorffs Schutz in plambierten D-Zug-Wagen durch Deutschland reisten, um die russische Revolution in das bolschewistische Chaos zu führen, und die sich zu diesem Zweck großer Geldmittel bedienten, die ohne Zweifel aus Kreisen des deutschen Militarismus gespendet waren. Trefer kann die Heuchelei nicht herabstimmen.

Wenn die Kommunisten zur Ermordung ihrer Opfer noch die gewissenlose Verleumdung und Ehrabschneiderei hinzufügen, so kann dies nur den Protest aller anständigen Sozialisten verdoppeln. Das russische Beispiel aber gibt auch für Deutschland eine Vorstellung, wie die „Einheitsfront des Proletariats“ nach kommunistischen Wünschen aussieht.

Schärfere Besteuerung des Champagners.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, zwei Gesetzesentwürfe zur schärferen Besteuerung des Schaumweines einzubringen. Der erste Gesetzesentwurf verlangt, daß die Steuer für edle Schaumweine von 12 auf 50 M. die Flasche erhöht wird und für die Beerenschaumweine von 3 auf 10 M. Der zweite Gesetzesentwurf verlangt, daß die Schaumweine unter die Weinsteuern fallen, so daß auf den Verkaufspreis noch 10 Proz. für Weinsteuern hinzukommen. Der finanzielle Mehrertrag dieser Steuer wird auf 500 bis 600 Millionen Mark geschätzt.

Lichterfelde.

Die Rechtspreffe erhebt über die Entlassung der Primaner an der ehemaligen Lichterfelder Kadettenanstalt ein großes Geschrei und verucht mit tendenziös gefärbten Berichten die Vorgänge als harmlos hinzustellen. Dabei enthüllt sie aber wider Willen Dinge, die erst mit voller Deutlichkeit zeigen, wie hier systematisch in politisch-reaktionärem Sinne geübt und gearbeitet wurde.

So erfährt man aus dem „Lokalanzeiger“, daß außer der nationalistischen Feier am 18. Januar auch eine Kaisergeburtstagfeier am 27. Januar veranstaltet wurde. Und zwar fand diese Feier im Heim einer Hausdame v. Schwanewede statt, die wegen dieser Sache gekündigt worden ist. Der „Lokalanzeiger“ will sich freilich die mehr als pennäckerhafte Ausrede aneignen, daß es sich nicht um die Geburtstagsfeier für den Kaiser, sondern für einen Primaner gehandelt hätte, der am selben Tage Geburtstag hatte! Die Ausrede scheint aber dem Blatt selbst zu dumm zu sein, denn drei Zeilen später erwähnt es, daß auf der Feier „Heil Dir im Siegertranz“ gesungen und im Anschluß daran ein Hoch auf das Geburtstagskind ausgebracht wurde. Daß ein Primaner mit „Heil Dir im Siegertranz“ gefeiert wurde, ist uns bisher noch nicht vorgekommen.

Wegen der Entlassung der Frau v. Schwanewede kam es nun zu einer förmlichen Rebellion gegen eine andere Hausdame, die für linksgerichtet gehalten wurde, wobei selbst nach den Berichten des deutschnationalen „Tag“ sich „übste Szenen“ abgespielt haben. Die Dame wurde von den ehemaligen Kadetten mit dem „Kadettentisch“, „Kaus-Kaus“, unflätigen Schimpfwörtern usw. bedacht, bei Tisch verließen die jungen Leute in ehrverletzender Art die Tafel, an der die Dame saß, zu dem eingestandenem Zweck, nicht mit ihr an einem Tisch zu sitzen. Das sind nur ein paar Auschnitte aus dem nationalistischen Treiben.

Es ist sehr bezeichnend, daß dieselben Blätter, deren zweites Wort die „Wiederherstellung der Staatsautorität“ ist, in diesem Fall von der Staatsautorität gar

nichts wissen wollen, sondern den Minister Boelke anrufen, daß er die Radau- und Spektakelmacher wieder in Gnaden aufnehme. Dazu liegt nicht der geringste Anlaß vor. Die jungen Leute sind schon zu hässlichen Zeiten ein paarmal verurteilt und auf die Folgen ihres Treibens hingewiesen worden. Der Minister hat hier zu zeigen, daß es eine Staatsautorität auch gegen rechts gibt.

Neue Eisenbahnfahrpreise.

Berlin, 15. März. (WZB.) Die Preiswelle, die zurzeit durch Deutschland geht, läßt auch die Reichsbahn nicht unberührt. Die starke Steigerung der Kohlenpreise und damit aller Materialpreise wird nach den bisherigen Schätzungen allein die fälligen Kosten der Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1922 um rund 13 Milliarden erhöhen. Die in Aussicht genommene Erhöhung der Gehälter und Löhne und eine der Höhe nach noch nicht feststehende Vermehrung der persönlichen Kosten im Gefolge haben. Die Reichsbahn muß daher, wie jeder Wirtschaftsbetrieb, demnach zu Tarifierhöhungen übergehen.

Die Zahlenangaben, die in einem Berliner Abendblatt vom 14. März über die Höhe der der Reichsbahn im einzelnen erwachsenden Ausgaben und über die Höhe der beabsichtigten Tarifierhöhung enthalten sind, sind nicht zutreffend. Sie beruhen nicht auf amtlicher Information. Die Angelegenheit befindet sich noch im Stadium der Vorbereitung. Bestimmte Beschlüsse konnten schon deshalb noch nicht gefaßt werden, weil die Beratungen über die Erhöhung der Arbeiterlöhne erst heute zu Ende gehen. Sobald das Ergebnis der Beratungen bekannt ist, wird die Öffentlichkeit umgehend informiert werden.

v. Kaehne erhält Schutz

... denn er fühlt sich bedroht.

Der Schlossbesitzer von Pegow, Herr v. Kaehne, hat, wie die Korrespondenz B. S. meldet, — unter dem Hinweis, daß er und seine Familie sich nach Abgabe sämtlicher Schusswaffen bedroht fühle, die zuständigen Behörden ersucht, für den nötigen polizeilichen Schutz in Pegow Revier, das bisher zu dem Bereich des Landjägerpostens in Olsindow gehörte, Sorge zu tragen. Da sowohl der Landrat von Juchaczewitz wie auch der Amisvorsteher von Pegow dieses Gesuch Kaehnes befürwortet haben, und da ferner zu berücksichtigen war, daß auch alle Pegower Gutsangestellten ihre Waffen abgegeben haben, hat der Regierungspräsident in Potsdam der Errichtung eines besonderen Landjägerpostens in Pegow zugestimmt.

Es ist doch sehr auffällig, daß die gleichen Behörden um den Schutz des Herrn v. Kaehne sofort sorgfältig bemüht sind, die jahrelang nichts getan haben, um die wirklich bedrohte Bevölkerung gegen die Schießhorden auf Schloß Pegow zu schützen!

Monarchisten-Eldorado Bayern.

Der ungarische Legationsführer Behar, der bekanntlich wegen seiner Teilnahme am letzten Karl-Butsch in Ungarn rechtlich verfolgt wird, hält sich, wie die „Ang. Kor.“ aus absolut zuverlässiger Quelle erfährt, zusammen mit seinem Adjutanten Oswald seit geraumer Zeit in einem kleinen Orte Bayerns auf. Er wird dort von den Behörden gebüdet und ist vollkommen unüberwacht und unkontrolliert, obwohl man seinen Namen kennt und obwohl er ohne Paß die bayerische Grenze bei Mähring heimlich überschritten hat.

Herrn Revision verworfen. Das Reichsgericht hat die Revision des früheren Gerichtsassessors und Oberleutnants Hans Hiller, der am 18. Dezember 1921 vom Schwurgericht beim Landgericht I Berlin wegen Mordhandlung des verstorbenen Flüßlers Helmholz zu 6 Monaten Festungshaft verurteilt worden war, verworfen. — Herr Hiller ist für seine barbarische Mordqualerei immer noch mehr als billig danongekommen. Selbst das Oberkriegsgericht hatte gegen ihn auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren erkannt. Es bedurfte erst ziviler Richter mit ihrem untertänigst ererbenden Respekt, was Uniform trägt oder je getragen hat, um in der Mordhandlung eines Sterbenden eine achtbare militärische Schandtat zu sehen. Der Fall Hiller-Helmholz wird, obwohl er keine gerichtliche Sühne gefunden hat, für alle Zeiten ein Schandmal des alten Heeres bleiben.

Ciril frist Energo-Pillen.

Von Tobias Bemberlein.

Ciril Chamembert gibt eine Zeitschrift heraus, übrigens eine häufige Angewohnheit junger Leute. Als ich ihn gestern besuchte, glupfte er traurig vor sich hin.

„Ciril“, sagte ich, „erzähle mir!“

Er erzählte mir aber nicht. „Rede“, fuhr ich fort, „was ist los? Steuern? Liebe?“ Er schüttelte das melancholisch-vedle Haupt und ich erfuhr langsam, aber sicher, daß einer einen Artikel über ihn geschrieben hatte, den er als geschäftig empfand. Ich ließ mir den Artikel zeigen und muß sagen, daß er allerdings ein starkes Stück war. Vor allem wurde in dem Nachwort behauptet, Ciril trage den Scheitel auf der falschen Seite, für einen Mann wie Ciril, der so viel auf sich hält, ein schwerer Schlag in das Kontor.

„Du mußt zu dem Kerl hingehen“, sagte ich, „der dir das angetan hat und ihn hinter die Ohren schlagen.“

Ciril sah mich hilflos an. „Jawohl“, heulte ich weiter, „du mußt ihm Saures geben, damit er für alle Zeiten weiß, daß mit dir nicht gut Kränchen essen ist.“

„Ach nein“, meinte Ciril, „das kann ich nicht, wirklich nicht...“

„Warum denn nicht? Bist du feig?“

„Das — das versteht du nicht!“

„Was heißt das nun wieder! Bange bist du, mein Junge, und läßt die ungefracht Dinge sagen, die einen Fidschi-Ansulaner aus der Haut jagen würden.“

„Ich bin nicht bange, Tobias, aber ich — ich habe keine Energie. Sie ist weg, dahin. Ich kenne mich selbst nicht mehr. Wenn du mich einen Hund oder einen Alts nennst, so sitze ich hier und kann nichts dagegen machen. Ich bin schlapper als schlapp. Der Strom ist alle.“

„Donnerwetter“, meinte ich, „das ist ja ein bedenklicher Fall. Was machen wir denn da?“

Dann aber wachte ich auf. Ich ging in die Apotheke und holte Dr. Bumtollers „Energo-Pillen“, die, wie mir das Fräulein an der Ladentafel versicherte, in der Hauptsache aus Schnupftabak, Elektronen, Schießpulver und Nitroglycerin bestehen.

Ciril nahm und aß. Einige erwartungsvolle Sekunden verstrichen. Dann ging es los.

Der Teufel hole Dr. Bumtoller!

Ciril fleuchte die ihm zur Verfügung stehenden Zähne und schrie:

„Tobias, reich mir die Journale!“

Er meinte den Artikelsschreiber. Weil ich den nicht bei der Hand hatte, rief er eine Art aus dem Bertilo und türmte. Ich hinterher.

Am Morke trat ihm ein Schymann entgegen. Ciril hatte ihn im Bruchteil einer Sekunde zermanscht.

Die Tür zur Wohnung des verhaßten Knaben zerschmetterte er mit der Art. Im Stur aber sagte er: „Tobias, wo hast du die Pillen?“

„Die sind zu Hause auf deinem Schreibtisch...“

„Ich bin schon wieder schlapp...“

Da kam der Inhaber der Wohnung. Er hatte das mit den Pillen gehört.

„Herr“, sagte ich, „Sie sind ein selten dänischer Hund...“ Er lächelte. (Was hatte er für einen gemeinen Spitzbart!) „D. b. d. h. t. P. l.“, sagte er sanft. Ciril glotzte nur melancholisch. „Was heißt das?“ schrie ich. „Das wissen Sie nicht? Ich will es Ihnen verraten: Doo! bleibi doo!, da helfen keine Pillen!“ Ob der Mann recht hat?

Die alte Bauakademie in Gefahr! Gerade in diesen Tagen, die wieder einmal dem Andenken Schinkels gewidmet sind, geht aus einer Antwort des Finanzministers über die Vermietung der alten Bauakademie am Werderschen Markt erneut die große Gefahr hervor, in der sich Berlins baukünstlerische Denkmäler gegenüber dem Erweiterungsbedürfnis der Bantzen und Geschäftshäuser befinden. Es sei nur daran erinnert, daß im vorigen Jahre die Diskontogesellschaft unter den Linden das hübsche kleine „Holländische Palais“ zur Erweiterung ihrer Geschäftsräume „mieten“ wollte und daß es nur dem Sturm aller Kunstfreunde zu verdanken war, wenn aus diesem Plan nichts geworden ist. Die Ausstellung der Akademie der Künste „Alt- und Neu-Berlin“ zeigt den Berlinern von heute, eine wie herrliche Galerie von eckbertinischen Baudenkmälern der ganze Strohsengzug unter den Linden darstellen würde, wenn wir in der Reichshauptstadt so etwas wie eine Tradition und Ehrfurcht vor den großen Denkmälern der Vergangenheit hätten. Diesem Rangelt an geschichtlichen Empfinden darf Schinkels alte Bauakademie, diese stolze Backstein- und Terrakottaschöpfung, nicht zum Opfer fallen. Schon jetzt ist der schöne Bau, wenn auch nur zu einem kleinen Teil, entsetzt: an der Ostseite ist über dem Keilereingang das große Schild einer Geschäftsfirma in dem üblichen höflichen Schwarz mit Goldbuchstaben angebracht, das zu dem Schinkelbau paßt wie die Faust aufs Auge. Gegen dieses Schild muß Einspruch erhoben und verlangt werden, daß es so rasch wie möglich entfernt werde. Schon des Meines Zeichen einer „Vererschäuflichung“ der alten Bauakademie beweist, wohin es mit diesem Schinkelbau kommen würde, wenn eine Drohbant ihren Einzug in ihn hielte.

Erhöhung der Bibliotheksgebühren. Bei der Erneuerung der Bibliotheksarten zum 1. April erwartet die Benutzer der preussischen Staatsbibliotheken eine Erhöhung der Geldgebühren. Sie betragen jetzt 20 M. (vor einem Jahre 5 M.) für das Halbjahr, 60 M. bei Ausländern mit Ausnahme der Desterreicher und der ehemaligen Reichsangehörigen deutscher Nationalität. Auch die Benutzung der Zeitschriften ist nicht mehr unbefristet: die Monatskarte kostet 2 M., die Halbjahreskarte 5 M. Beim Auskunftsbureau der deutschen Bibliotheken ist die Gebühr für den Buchtitel jetzt statt 10 Pfennig 1 M.

Mag Doensgen-Albert gestorben. In der Nacht zum Mittwoch starb in Kiel der Intendant des Städtischen Theaters Genosse Mag Doensgen-Alberts plötzlich an den Folgen einer Herzschwäche. Albert, der ein Alter von 47 Jahren erreichte, ist in Düsseldorf geboren. Er entkamte einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie. Nachdem er den akademischen Beruf mit dem künstlerischen vertauscht

hatte, begann er seine Laufbahn vor 25 Jahren in Lübeck, von dort ging er nach Graz, später nach Frankfurt a. M., Prag und Dresden. In Dresden wurde er Kadett der Direktoren Eduard Wichow. Von dort aus wurde er als Leiter der Städtischen Bühne nach Kiel berufen. Genosse Albert war eine außerordentlich intensive Arbeitskraft. Er hat das Kieler Theater aus einem geschäftlichen in ein künstlerisches umgewandelt. Seine Tätigkeit als Theaterleiter der „Dresdener Volkszeitung“ und als Wanderlehrer des Arbeiterbildungsausschusses ist bekannt.

Handgreifliche Kränche! Bei der Aufführung einer komischen Revue in Verona erregte kürzlich ein Schauspieler das Mißvergnügen einiger Zuschauer durch eine Bemerkung, die sie unflätig fanden. Während man sich aber in solchen Fällen in Ländern von höherer Gemütsart damit begnügt, den Hausbesitzer in Aktion zu setzen oder im Notfall den Brunner anzurufen, stürzten die Söhne Italiens auf die Bühne, warfen die Kränche durcheinander und verfolgten die fliehenden Schauspieler. Während auch das Publikum anfing das Weite zu suchen, entspann sich, da eine Anzahl von Personen aus dem Zuschauerraum Vortritt für die Bühnenkünstler ergriß, in dem Theater eine solenne Keilerei, die bedenkliche Formen annahm und erst ihr Ende erreichte, als die Polizei erschien und Gerechtigkeit wie Ungerechtigkeit zur Wache schleppte.

Thermosflaschen auf Schienen. Auf Rädern gehende Thermosflaschen, die so groß wie Eisenbahnwagen sind, bilden die neueste Art, auf die in Amerika Milch befördert wird. Diese Flaschen umfassen jede 12 000 Liter, und die Temperatur der darin aufbewahrten Milch fällt in acht Stunden höchstens um 1 1/2 Grad. Diese Flaschen, die auf Schienen innerhalb der Eisenbahnzüge befördert werden, verkehren zwischen Wel. Farmington in Ohio und Pittsburg. Sie werden mit größter Sorgfalt gefüllt und nach der Entleerung desinfiziert. Man spart durch die Beförderung in solchen Riesengefäßen sehr viel Milch, die bei dem Füllen in kleinere Kannen verloren geht. Auch die Erhaltung der Milch im besten Zustand wird dadurch gefördert und überhaupt die hygienische Behandlung erleichtert.

Die Thoma-Kasselerien in der Rationalgalerie II um zwei erlesene Schöpfungen des Meisters bereichert worden: Ein Nadelbild von 1863, aus seinen Lehrjahren, als er, wie es in seinen Erinnerungen heißt, im Begriffe stand, einen Roman als „Häusermaler“ zu bekommen, und eine Schwarzweißskizze aus dem Jahre 1890. Von dem Katalog der Ausstellung ist eine kleinere Ausgabe, ohne die Einleitungen und Abbildungen, für 5 Mark hergestellt worden.

In der „Trilhan und Holde“-Aufführung. Die die Große Volksober am kommenden Sonntag nach 2 Uhr im Theater des Westens auf, fingen sich Bogelstrom (Landestheater Dresden) und Reliane Kurt (Stadtbühne) die Tischpartien. Spielleitung: Franz Ludwig Götz (Stadtbühne), musikalische Leitung: Anton Hoff (von der Metropolitan-Oper, New York).

Deutschland auf der Sanktansammlung in Venedig. Auf der dreizehnten internationalen Kunstausstellung Venedig, die Ende April eröffnet wird, erscheint Deutschland wieder in seinem alten Cavallone. Wie im „Glycerone“ mitgeteilt wird, werden an hervorragenden Künstlern Prof. Liebermann, Elsnort, Corinti und Kollfalk vertreten sein; eine Sonderausstellung bietet Eggert-Alenz, und außerdem wird eine Ausstellung von Beren Bekand beabsichtigt.

Auch Cachin gibt zu.

Paris, 15. März. (WIB.) Der aus Moskau zurückgekehrte Führer der französischen Kommunisten, Abgeordneter Marcel Cachin, gibt heute in der „Humanité“ zu, daß die Sowjetregierung die französischen Kommunisten aufgefordert habe, bei Poincaré anzufordern, ob seine Regierung bereit sei, endlich die Beziehungen zu Sowjetrußland anzunehmen. Es sei verlangt worden, daß die französische Antwort dem Vertreter der Sowjetmission in Berlin übermittelt werde.

Paris, 15. März. (WIB.) Gestern hat der Abgeordnete Ehrlich (Nationaler Block) eine Interpellation eingebracht, durch die er Auskunft verlangt über die Art der Verhandlungen, die durch Vermittlung der französischen kommunistischen Partei Poincaré mit der Sowjetregierung gepflogen haben soll.

Auch die „Rote Fahne“ gesteht die Tatsache einer Unterredung zwischen einem Mitarbeiter Cachins und Poincaré im Auftrag Kadels ein. Wir lassen es dahingestellt, ob diese Unterredung wirklich nur durch einen Mittelsmann erfolgte; das wäre auch an sich belanglos. Wir möchten nur bemerken, daß das Pariser Telegramm des „Manchester Guardian“, in dem vor etwa zehn Tagen diese Dinge zum ersten Male zur Sprache gebracht wurden, von einem direkten Schritt Cachins bei Poincaré erzählt, bei dem es Poincaré gelungen wäre, Cachin davon zu überzeugen, daß die Anliegen der „Humanité“ gegen ihn in bezug auf seine Mitschuld am Kriegsausbruch unberechtigt wären. Diese Version ist keineswegs unwahrscheinlich, denn die erste Zusammenkunft zwischen Kadel und Cachin erfolgte in Berlin Ende Januar und Cachin fuhr damals, unmittelbar vor Ausbruch des deutschen Eisenbahnerstreiks, nach Paris zurück. Er hat sich erst später — Ende Februar — wieder nach Moskau zu der Sitzung der erweiterten Exekutivkommission begeben und hat sich dort noch ein zweites Mal mit Kadel getroffen. Die nunmehr auch von den Kommunisten zugegebene Aktion durch einen Mittelsmann (Paul Louis) scheint danach die zweite dieser Art zu sein bzw. die Fortsetzung der ersten.

Die „Rote Fahne“ versucht nun in langen und gewundenen Ausführungen, die an sich höchst eigenartige Tatsache der Demarche Kadels bei Poincaré zu rechtfertigen. Borecht aber glaubt sie, mit einem Sehe einen Aufnahmepunkt erledigen zu können, der nach unserer Auffassung entscheidend ist: nämlich die Behauptung, daß die „Humanité“ im Zusammenhang mit dieser Aktion ihre Angriffe auf Poincaré eingestellt hat. Sie schreibt lediglich dazu:

„Diese Behauptung ist nunmehr (?) als falsch und tendenziös erwiesen. (?) Mit keinem Worte war in der Ansprache von Fragen des Klassenkampfes innerhalb Frankreichs die Rede. Mit keinem Worte wurden irgendwelche Zusicherungen gegeben oder irgendwelche Folgerungen gezogen.“

Dieses „nunmehr erwiesen“ ist köstlich! Bodurch „erwiesen“? Etwa durch das erste Dementi Grosfords in der „Humanité“, dessen Breitenheit zwei Tage später aus dem Geständnis desselben Grosford klar hervorging. Oder meint die „Rote Fahne“ wirklich, daß es noch einen Menschen in Deutschland, selbst in den Reihen der SPD, gibt, dem das bloße Wort eines kommunistischen Blattes genügt?

Erwiesen ist vielmehr, daß die Angriffe auf Poincaré im Monat Februar tatsächlich eingestellt wurden. Diese Tatsache ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen und als Beweisstücke dafür dienen etwa vierzig Nummern der „Humanité“, die zwischen dem 1. Februar und dem 10. März erschienen sind. Auch wenn die nunmehr entlarvte „Humanité“, um ihr Monönie zu vergrößern, ihren Heldzug gegen den Ministerpräsidenten mit Erlaubnis von Kadel jetzt wieder aufnehmen sollte, steht das Faktum ihres „Burgfriedens“ mit Poincaré-Guerre in der Zeit dieser ausgesprochenen „Aktion“ doch fest. Was für jämmerliche Argumente die „Rote Fahne“ ins Feld führt, um diese Aktion zu rechtfertigen, mag man aus folgender Stelle ihres Artikels ersehen:

„So selbstverständlich ist es, daß die Kommunisten in Deutschland ein Parlament zu Radbruch oder zum preußischen Justizminister gehen, um die Freilassung der politischen Gefangenen vom ihm zu verlangen, so klar ist es, daß die französischen Kommunisten im Parlament von ihrer Regierung eine unzweideutige Stellungnahme zu Sowjetrußland fordern. Durch die Erklärung in der „Humanité“ ist dieser Schritt offen vor den Augen der Arbeiterklasse gestellt. Nur Gegner des Proletariats und Feinde Sowjetrußlands können hieraus Agitationsstoff zu einer Verleumdungstapagne finden.“

Die Geschmackslosigkeit dieses Vergleiches zwischen einem sozialdemokratischen Minister einer Regierung, die vierünftel der deutschen Arbeiterklasse in den großen politischen Fragen hinter sich hat, und dem Herrn Poincaré, der in der ganzen zivilisierten Welt und vor allem in Frankreich selbst (siehe die Nummern der „Humanité“ in der zweiten Januarhälfte!) zum Symbol der arbeitserfindlichen, nationalstischen Reaktion geworden ist, spricht von einem besonderen moralischen Tiefstand. Wenn aber ein kommunistischer Führer oder sein Mittelsmann zum Genossen Radbruch oder zu einem anderen sozialdemokratischen Minister gehen und ihm Forderungen unterbreiten würde mit dem Versprechen, bei etwaiger Erfüllung die Angriffe gegen ihn einzustellen, so würde er in weitem Bogen zur Tür hinausfliegen! Aber weder Cachin, der einstige Kriegsreisende der französischen Regierung, noch Paul Louis, der einstige Auslandsredakteur des clemencillischen „Zeit Pariser“ und aus Poincarés und Millerands Arbeitszimmer hinausgeworfen worden. Und die Angriffe gegen sie sind auch eingestellt worden!

Krisenlösung in Oesterreich.

Wien, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierungskrise scheint so gelöst zu werden, daß sie einfach links liegen gelassen wird und die Regierung Schöber weiter besteht, allerdings ohne eine wirklich tragfähige Mehrheit. Die Großdeutschen, die trotz ihrer Kleinheit den Sturz der Regierung betrieben, haben in einer Sitzung mit Befremden zur Kenntnis genommen, daß sich ausländische Einflüsse auf die Bildung der Regierung geltend machen; sie seien aus diesem Grunde nicht in der Lage, sich mit den Vorschlägen weiter zu befassen, die unter dieser Einwirkung der Regierung gemacht worden seien.

Die ausländischen Einflüsse sind — der englische Kontrolleur Young, der das Verbleiben Schöbers verlangt haben soll. Die ihm zugesicherte Erklärung, daß von dem englischen Kredit nichts ausgeht würde, bevor nicht die Parteien sich auf ein grundlegendes Reformprogramm geeinigt hätten, hat Young entschieden dementiert.

Ein Fehler.

Der Herausgeber des extrem-nationalistischen „Popolo d'Italia“ und Führer der Faschistenbewegung Mussolini, der in Berlin weilte, ist, wie er seinem Blatte berichtet, vom Außenminister Dr. Rathenau zu einer längeren Unterredung empfangen worden. Wir denken keineswegs engbrüchig über die Fähigkeiten eines Außenministers und wissen, daß es manchmal schwer ist, Unterredungen mit bekannten Ausländern abzuwehren, zumal sie meist mit Empfehlungen ihrer Regierungen oder diplomatischer Vertreter versehen sind. Dennoch halten wir es für einen Fehler des Außenministers, daß er diesen Mann empfangen hat, der, abgesehen davon, daß er über Jahre lang der Kriegsherr Italiens war, jetzt der Führer einer Bewegung ist, die Hunderten von italienischen Sozialisten das Leben gekostet hat und die Ermordung von Arbeitern, das Anzünden von Gemeindefesthäusern usw. nach wie vor betreibt. Wir glauben, daß Dr. Rathenau bei einer nachträglichen Betrachtung dieser Dinge einsehen wird, daß er als Mitglied einer Regierung und als Führer einer Partei, die sich in erster Linie auf das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft stützt, einen Kontakt mit dem Todfeind des italienischen Proletariats nicht haben durfte, dessen Sympathien für das deutsche Volk tausendmal wichtiger und nützlicher sind als der lebende Artikel, den Mussolini im „Popolo d'Italia“ Rathenau gewidmet hat.

Hausfrauen Sorgen.

Die rapide Preissteigerung der letzten Wochen geht immer mehr in ein Galoppierrennen über. Der Preis ist dem Lohn bereits um ganze Runden voraus, und die Leidtragenden sind vor allem die Hausfrauen, die die Streckmethode des Wochenbudgets jetzt kaum mehr auf auskömmliche Maßzahlen ausdehnen können. Sie sind am Ende ihrer Kraft.

Gemüse, außer teuren Steck- und Mohrrüben zweifelhafter Güte, ist nirgends mehr aufzutreiben. Blumenkohl ist in ganz geringen Mengen am Markt, aber fast unerschwinglich. Spinat kostete heute 8 M. das Pfund und verschwindet schnell, obwohl diese Ware sehr viel zu wünschen übrig läßt. Cheddes Rindfleisch ist kaum noch unter 30 M. und gehacktes Schweinefleisch nur noch für 40 M. das Pfund zu haben. Eisbeine, die früher 25 Pf. das Pfund kosteten, sind heute nur noch für 25 M. das Pfund zu erhalten. Anderes Fleisch, Wurst und Schinken sind noch wesentlich teurer. Sauerkraut, früher 5 und 7½ Pf. das Pfund, hat einen Preis von 2 bis 3 M. erreicht. Dementsprechend sind auch die Preise für alle Hülsenfrüchte gestiegen. Um den Zuder reißt man sich bei einem Preise von 8—10 M. Kartoffeln sind noch immer unfindbar. Man kann 250 M. bieten und erhält vielleicht — Schweinefleisch oder angebotene, kaum genießbare Eier sind wieder im Preise gestiegen, und zwar auf 3,20—3,50 M. das Stück.

Jetzt wird auf das Frühjahr gehofft und auf das neue Wachsen in der Natur. Eine Hoffnung, aber eine färgliche.

Wohin mit der Steuerkarte?

Zum Zweck der Steuerartenberechnung haben die Bezirke bekanntlich aufgefordert, die Steuerarten für 1921 abzulesen. Aus allen Stadtteilen gehen uns lebhaft Klagen darüber zu, daß das Publikum fundenlang auf Abfertigung warten muß. Obwohl einzelne Bezirke die Steuerarten in eigens dazu bereitgestellten Räumen entgegennehmen, scheint zumeist gänzlich ausgeschlossen, daß mit Ablauf des Monats alle Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Karten abliefern können. Was machen aber diejenigen, die erst gegen 5 oder noch später nach Hause kommen und sich auf Abfertigung warten, weil Hunderte vor ihnen da sind. Es gibt nur zwei Wege: Entweder wird die Zeit zur Abfertigung verlängert, oder man sorgt für eine flottere Handhabung bei Abfertigung des Publikums. Uns ist bekannt, daß z. B. in Reutlingen ein einziger Beamter einen Steuerbezirk bearbeitet. Heillosen Zustände bestehen auch bei den Steuerstellen, wo die Steuerrückzahlungen stattfinden. Auch dort fundenlanges Warten. Da die Kerner von vornherein genau wußten, welche Anzahl von Steuerzahlern für sie in Betracht kommt, so ist es unerfindlich, weshalb in dieser primitiven Organisationsfrage nicht rechtzeitig ausreichende Vorkehrungen zur raschesten Abfertigung der Steuerzahler getroffen worden sind.

Die notleidende Straßenbahn.

Was die Material- und Stromerzeugung ausmacht.

Die dringlichen Magistratsvorlagen über die neue Erhöhung der Tarife für Gas, Elektrizität, Wasser und Straßenbahn sind der Stadtverordnetenversammlung zugegangen. Ausführlicher begründet der Magistrat seinen Antrag, den Preis der Straßenbahnfahrt von 2 auf 3 M. zu erhöhen.

Die vom Magistrat gegebene Aufstellung zeigt, mit welchen Anteilen die Lohnerhöhungen und mit welchen die Material- und Stromerzeugung an den Mehrkosten der Straßenbahn beteiligt sind. Die Lohnerhöhungen nach dem Schiedspruch vom 7. März, dem die Stadtverordneten erst noch zustimmen sollen, belasten die Straßenbahn für Februar und März mit 15.820.000 M., für das neue Rechnungsjahr April 1922 bis März 1923 mit 26.720.000 M., zusammen mit 112.540.000 M. Außerdem bleibt aus dem jetzt zu Ende gehenden Rechnungsjahr April 1921 und März 1922 noch ein bedeutender Fehlbetrag, der natürlich nicht nur aus Löhne zurückzuführen ist. Die Erhöhung des Fahrpreises am 1. Dezember auf 1,50 M. und am 4. Februar auf 2 M. konnte nur teilweise die Mehrausgaben decken, die infolge der sprunghaften Marktentwertung und der allgemeinen Steigerung der Materialpreise und Löhne unerwartet entstanden. Vom 1. Dezember ab stellten sich die Mehrausgaben auf 145 Millionen, bis Ende März wird ihnen aber voraussichtlich nur eine Mehreinnahme von 67 Millionen durch Fahrpreiserhöhung gegenüberstehen, so daß 78 Millionen ungedeckt bleiben. Wegen weiterer Steigerung der Baustoffpreise und der Löhne und wegen der Verzögerung in der Genehmigung der letzten Deckungsvorlage wird befürchtet, daß der Fehlbetrag bis Ende März sogar auf annähernd 100 Millionen answächst. Doch dürfte infolge der günstigen wirtschaftlichen Arbeitsentwicklung der Straßenbahn der Betriebsverlust im endgültigen Rechnungsbilanz wesentlich geringer sein. Die Steigerung der Preise wichtiger Baustoffe beträgt für die kurze Zeit vom Dezember bis März schon wieder durchschnittlich 60 Prozent. Für das neue Geschäftsjahr April 1922 bis März 1923 werden gegenüber dem einseitigen im Entwurf aufgestellten Haushaltsplan, der den Stadtverordneten noch gar nicht vorgelegt ist, folgende Mehrausgaben

entstehen: Löhne 94 Millionen, Gehälter 9,5 Millionen, Material 72 Millionen, Strom 55 Millionen, Verkehrssteuer 16 Millionen, sonstige Unkosten 10 Millionen, zusammen 256,5 Millionen. Hier beträgt das Mehr an Löhnen und Gehältern zusammen 103,5 Millionen gegenüber einem Mehr von zusammen 127 Millionen für Material und Strom. Die durch Verkehrsstellenstellungen erreichte Steigerung der Wirtschaftlichkeit wird Ersparnisse von 60 Millionen bringen, von denen aber 25 Millionen schon in dem Haushaltsplan berücksichtigt sind, so daß nur noch 35 Millionen Ersparnisse bleiben und die Mehrausgaben sich von 256,5 nur auf 221,5 Millionen ermäßigen. An Mehreinnahmen werden aus der Fahrpreiserhöhung auf 3 M. unter Berücksichtigung der Abwanderung von vermutlich 15 Proz. der Fahrgäste 276,4 Mil-

lionen erwartet. Das geht über die obigen Mehrausgaben um rund 55 Millionen hinaus, aber dieser „Uberschuß“ reicht nicht im entferntesten aus zu der unbedingt notwendigen Erneuerung der Gleise und Wagen. Hierzu fordert der Haushaltsplan für das neue Geschäftsjahr noch 264,5 Millionen, aber die nötigen Mittel können verläßlich nicht zur Verfügung gestellt werden.

Um dem drohenden Verfall vorzubeugen und die Betriebssicherheit nicht zu gefährden, sollen mit den 55 Millionen wenigstens die allerdingendsten Arbeiten ausgeführt werden. Die Fahrpreiserhöhung auf 3 M. wird also wieder noch nicht ermöglicht, bei der Straßenbahn die Schäden gutzumachen, die in der Kriegszeit unter der Herrschaft des Privatkapitals durch Verwahrlosung herbeigeführt worden sind.

Reichenteilsfund im Stößensee.

Der Fund eines menschlichen Beines, der gestern Abend in der Nähe des Freibades Stößen gemacht wurde, wird aus Spandau gemeldet. Es handelt sich um das Bein eines Mannes, das am Gefäß abgetrennt worden ist. Ober- und Unterhüftel und Fuß sind vollständig vorhanden. Am Bein befanden sich noch ein grauer Strumpf und ein schwarzer Schnürschuh. Der Fund wurde beschlagnahmt, mit seiner Aufklärung Kriminalkommissar Dr. Kimmann vom Berliner Polizeipräsidium beauftragt.

Eine halbe Million Lohngeelder unterschlagen.

Ein aufgepärrter Schrupfwinkel in der Dieffenbachstraße.

Mit einer halben Million Mark war der Sachmeister Roman Baron durchgebrannt, der auf einer Grube bei Beuthen angestellt war. Gestern gelang es der Berliner Kriminalpolizei, den Diebstahlsfall festzunehmen. Die Diebstahlsstrafe war ihm auf die Spur gekommen. Baron eignete sich Mitte November n. J. zusammen mit einem gewissen Stamke, mit dem er auf der Dieffenbachstraße bei Beuthen beschäftigt war, eine halbe Million Lohngeelder ab und beide verschwanden damit. Stamke, der in Berlin Beschäftigung hatte und Verbindungen hatte, brachte den Sachmeister hier unter und fuhr dann nach Obersiebenbrunn. Die Kriminalpolizei erfuhr von seiner Rückkehr, spürte ihn auch in Beuthen auf und veranlaßte dort schon vor längerer Zeit seine Festnahme. Baron aber blieb seitdem spurlos verschwunden. Wie jetzt festgestellt werden konnte, hatte er sich einwandfreie Papiere auf den Namen Blazgel verschafft. Unter diesem Namen wohnte er zunächst in der Schloßstraße und dann in der Dieffenbachstraße. Er lebte sehr zurückgezogen und trug sich mit dem Plan, sich in Berlin mit dem erbeuteten Gelde eine Existenz zu schaffen. Zunächst wollte er einen Zigarrenladen aufmachen. Er hatte auch bereits ein Geschäft gekauft und darauf 5000 M. angezahlt, machte dann aber den Kauf rückgängig, um einen Schankbetrieb zu erwerben. Dazu kam er aber nicht mehr. Die Diebstahlsstrafe der Kriminalpolizei ermittelte seinen Aufenthalt in der Dieffenbachstraße und nahm ihn dort fest. Es ergab sich, daß Baron 170.000 M. einem Schauspieler in Joppo in Verwahrung gegeben hatte. Bei diesem wurde der Betrag auch noch gefunden und beschlagnahmt. Auch die 5000 M., die Baron auf das Zigarrengeschäft angezahlt hatte, wurden für die geschädigte Grube sichergestellt.

Die Anordnung in der Reichssteuerlichen Durchführung treibt die allerärmsten Mütter. Von einem Heizer Jacob H., der evangelisch geboren, aber seit 25 Jahren aus der Landeshälfte ist, geht uns das Original einer Steueranordnung der jüdischen Gemeinde zu Berlin N. 24, Oranienburger Str. 29, vom 28. Februar 1922 — Reg. III, Nr. 36 — zu, in der der Besteuernde auf Grund seiner Veranlagung zur Einkommensteuer für 1920 in Höhe von 1230 M. für die jüdische Gemeinde mit einem Steuerjahre von 104,85 M. für das Steuerjahr 1921 veranlagt worden ist. Diese fortgesetzte Belastung von Leuten, die schon seit Jahren nichts mehr mit den Kirchen zu tun haben, sollte doch endlich einmal aufhören.

Der Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde in einem Vortragsabend der „politischen Arbeitsgemeinschaft der Frauen Groß-Berlins“ einer kritischen Würdigung unterzogen. Die Rednerinnen, Dr. med. Eva Morik und Genossin Dr. Adele Schreiber-Krieger, nahmen vor allem gegen die Reglementierung Stellung, die sie als ein ungeheures Unrecht gegen das weibliche Geschlecht bezeichneten. Im vorliegenden Gesetzentwurf sei die geforderte Bekämpfung der Krankheiten ein großer Fortschritt. Die Gesundheit des einzelnen darf eben nicht als Nebenfache betrachtet werden. Doch ist die Bekämpfung und das Erfassen der Geschlechtskrankheiten zu sehr in das Leben des einzelnen gestellt. Es wurde scharf Stellung gegen das Kurpfuschertum und die annoncierenden Ärzte genommen, die nur auf Gelderwerb und Gewinn ihre Tätigkeit aufbauen. Bei den Behörden aber müßten alle nur erdenklichen Garantien der Disziplin gegeben sein, falls über Geschlechtskrankheiten berichtet werden. Wenn die Anzeigepflicht jedes Geschlechtskrankten durchgesetzt wird, tritt sehr leicht die Erschütterung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Kranken ein. Meist aber die Prostitutionen. Die Bekämpfung ist von außerordentlicher Wichtigkeit und die ganze Wucht der sozialen Arbeit muß hier einleiten.

Der Prozeß wegen der Millionenfälschungen bei der Reichsdruckhandlungsgesellschaft (nicht den Reichswerken) in Spandau endete mit der Verurteilung von dreizehn Angeklagten. Es handelte sich um die Veräufelung von optischem Heeresgerät im Werte von ca. einer Million Mark. Das unter falscher Flagge als Importat aus dem Lager der Reichsdruckhandlungsgesellschaft in dem ehemaligen Feuerwerkslaboratorium herausgeschmuggelt worden war und verschollen werden sollte. Nach längerer Verhandlung erkannte die Strafkammer des Landgerichts III gegen die Hauptangeklagten Kinkel und Perlewy auf je ein Jahr Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, gegen acht Angeklagte auf je neun Monate, gegen drei Angeklagte auf je zwei Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Gastwirt Schröder auf Freisprechung.

Sozialismus und Alkoholfrage. Der Arbeiter-Kühnertent-Club hat für Freitag, den 17. März, 7½ Uhr, in der Sophienstraße, Baumgartenstraße 16/17, eine öffentliche Volksversammlung einberufen. An dieser Versammlung, die gleichzeitig von der SPD, der USPD, und der Gewerkschaftskommission veranstaltet wird, wird Genosse Dr. Heitler, Abgeordneter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Reichsversammlung, einer der erfindlichsten Kenner der Alkoholfrage, über die Beziehungen zwischen Alkoholismus und Klassenkampf sprechen. Über das gleiche Thema spricht Genosse Dr. Pollack am Donnerstag, den 16. März, in Spandau, im Festsaal der Oberrealschule, Köllnische Höhe, Friedrichstraße.

Witterungskurs. Im Auguste-Viktoria-Haus, Markfleckendamm, Frankfurter Allee (am Straßenbahnhaltestelle) beginnt am 24. März d. J. ein Kurs für Hüter und Wächern, in dem der theoretische und praktische Unterricht gegeben wird, was eine Frau von der Pflege und Erhaltung des Säuglings wissen muß. Der Kurs umfaßt 4 Doppelstunden, freitags Donnerstags von 3—5 Uhr. Es wird großer Wert auf praktische Übungen am lebenden Kinde gelegt. Einheitsbeitrag für den Gesamtkurs 50 M. Meldungen im Bureau der Kurist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch außer mittags ziemlich kühl und veränderlich bei mäßigen nördlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis-Parteiverammlung. Freitag, den 17. März, abends 8 Uhr, Sitzung aller in der Reichsdruckhandlung tätigen Gewerkschaften und Genossinnen im Rathaus, Sitzungszimmer 1.

Gewerkschaftsbewegung

Das erste Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt.

Seit Jahrzehnten verlangen die Angestellten staatliche Ueberwachungsorgane, ähnlich den Gewerbeinspektoren. Eine Versammlung der deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten hat sich ebenfalls einigend mit den Angestelltenfragen befaßt und ist einmütig zu dem Entschluß gekommen, den Landesregierungen — die heute noch die Träger der Gewerbeaufsicht sind — dringend zu empfehlen, an Stelle der bisherigen Gewerbeaufsichtsbezirke „Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter“ zu schaffen, in denen neben den Gewerbeämtern auch ein Handelsinspektor für die speziellen Angestellteninteressen wirken soll.

Das erste derartige Amt ist nun in Württemberg geschaffen worden; eine Verordnung der Landesregierung befaßt, daß das bisherige Gewerbeaufsichtsamt fortan die Bezeichnung „Gewerbe- und Handelsaufsichtsamt“ zu führen hat.

Die Holzarbeiter vor der Lohnbewegung.

Am Dienstag abend waren die Vertrauensleute und Betriebsräte der Holzindustrie aus den Betrieben, die dem Reichsmantelvertrag unterliegen, in der Böhm-Brauerei versammelt, um zur Kandidierung des Lohnabkommens Stellung zu nehmen. Boese berichtete über die in der Ortsverwaltung gepflogenen Beratungen. Die letzten Ermahnungen haben niemand recht befriedigt, denn die Lohnhöchsten entsprechen nicht der Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Diese steigen noch fortgesetzt in sprunghaft, daß zu befürchten ist, daß auch eine wesentliche neue Lohnhöhung mit ihnen nicht Schritt halten wird. Heute sind die Vertrauensleute in den verschiedenen Zweigen der Berliner Holzindustrie recht unterschiedlich. Während der Epochenlohn in den, dem Reichsmantelvertrag unterliegenden Betrieben 10,25 M. beträgt, ist er in manchen Berufsgruppen viel höher; er steigt bei 19,85 für die Klavierarbeiter auf pneumatische Instrumente. Die Ortsverwaltung empfiehlt Forderungen zu stellen, die sich im Rahmen des Annahmehaberen bewegen, aber auch mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten und nötigenfalls den Kampf nicht zu scheuen. Wenn es aber irgendmöglich ist, soll eine friedliche Verständigung angestrebt werden. Unter sorgfältiger Abwägung des Notwendigen und des Durchführbaren schlägt die Ortsverwaltung vor, das geltende Lohnabkommen am 15. März zu kündigen. Für den Monat April soll gefordert werden eine Erhöhung aller Löhne um 35 Proz. In dem gleichen Maße sollen auch alle Vertrauenslöhne und die bestehenden Währungslohn erhöht werden. Die Zulagen für örtliche Montagen sollen von 1,10 M. auf 1,50 M. pro Stunde, für auswärtige Montagen von 55 M. auf 74 M. pro Tag erhöht werden. Nötigenfalls soll die Verwaltung ermächtigt sein, die Forderungen der gegebenen Wirtschaftslage anzupassen.

In der ausgedehnten Diskussion wurde den Vorschlägen der Ortsverwaltung im wesentlichen zugestimmt. Verschiedentlich wurde aber auch beantragt, weitergehende Forderungen zu erheben. Schließlich wurden die genannten Forderungen gegen wenige Stimmen gutgeheißen. Nachher machte die Freigang noch einige Ausführungen über die Beitragsfrage. Die kürzlich vorgenommene Urobstimmung hat eine Mehrheit für den Vorschlag der Ortsverwaltung ergeben. Demnach werden in Berlin von der zehnten Beitragswoche ab Wochenbeiträge in einer Gesamthöhe von 14, 10, 8, 6 und 5 M., von der vierzehnten Beitragswoche ab solche von 16, 12, 9, 7 und 5 M. erhoben. Der Beitrag der Lehrlinge bleibt unverändert 50 Pf.

Im Laufe der Versammlung wurde auch die Vertagung des Monatsrats zur Sprache gebracht, durch welche auf dem Arbeitsnachweis die Remuneration der Adressen des Arbeitnehmers sowie der Arbeitsbedingungen verboten ist. Die Ortsverwaltung hat gegen diese Verfügung Einspruch erhoben, weil sie eine schwere Benachteiligung der Arbeiter bedeutet. Mit der Wahrung dieses Einspruchs durch den Hochauschuss ist die Unannehmlichkeit nicht erledigt. Die schweren Kämpfe, welche die Holzarbeiter in früheren Jahren für die Schaffung des öffentlichen Arbeitsnachweises geführt haben, zeigen dafür, daß sie dieser Einrichtung großen Wert belegen und daß sie nicht werden, daß sie verboten wird. Hier scheint sich wieder ein Konflikt zu entspinnen, den der Monatsrat durch verbindliches Eingehen auf die berechtigten Wünsche der Arbeiter im Reine erklären sollte.

Polizeibeamte und Reichsmantelgesetz.

Der preussische Polizeibeamtensverband nahm in einer Versammlung am Dienstagabend in der Bockbräuerei Stellung zu dem vorliegenden Entwurf eines Reichsmantelgesetzes für die Schutzpolizei. Das Mantelgesetz ist der Organ der Länder im Reich angepaßt, enthält jedoch Bestimmungen, mit denen die Polizeibeamten sich nicht befreunden können. Vornehmlich die Bestimmungen, die ihnen nach 12jähriger Dienstzeit nur einen zivilen Versorgungsschein zusichert. Die Beamten fordern dagegen, daß ihnen nach einer Bewährungsfrist und abgelegter Fachprüfung die Anstellung auf Lebenszeit zugestimmt werden soll. Der Entwurf liegt zurzeit noch den Ländern vor. Von Braunschweig, Einhalt und Hessen ist er abgelehnt worden. Der Preussische Monatsrat wird sich in nächster Zeit mit ihm zu beschäftigen haben.

Redner des Abends waren Hans-J. Dresden und Generalsekretär Dr. Franke. Beide unterzogen den Entwurf einer abfälligen Kritik und traten entschieden für Eingliederung der Polizeibeamten in die Beamtenrechte ein. Nach 12jähriger Dienstzeit sei der Polizeibeamte nicht mehr in der Lage, sich nach einem anderen Beruf zu suchen und das Warten auf eine Stellenstellung bleibe ihm keine ausreichende Sicherheit für die wirtschaftliche Existenz. Die Militärmacht erscheine wenig geeignet, in erforderlichen Fällen die Aufgaben der Schutzpolizei zu übernehmen. Die einseitige Ausbildung des Offiziers beim Militär lasse den Dingen in vielen Fällen nicht unbefangenen gegenüberstehen. Die beste Abwehr gegen den Entwurf werde eine starke, geschlossene Organisation sein, die auch eine feste Stütze für die Durchsetzung der Forderungen bilde. Wenn die Organisation zu einer Urobstimmung aufgerufen werde, müsse die Abstimmung geschlossen in einer Richtung erfolgen. Die Ausführungen der Redner fanden lebhaften Beifall.

Am der Diskussion beteiligten sich mehrere Landtagsabgeordnete. Genosse Buchholz (M. d. L.) erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion die Wünsche der Polizeibeamten

gern entgegennehmen werde. Man möge für diese — da nach den Referenten eine Denkschrift verfaßt werden solle — in dieser Denkschrift überreichen. Ob es unter den derzeitigen eigenartigen Verhältnissen im Reich möglich sein werde, alle Wünsche zur Erfüllung zu bringen, lasse sich nicht im voraus feststellen. Wir alle sind von dem Wunsch befaßt, in unserem Vaterland endlich ein Haus zu zimmern, in dem wir glücklich wohnen könnten. Und ich verstehe wohl ihre ererbte Stimmung darüber, daß bei ihnen, die sie über Gut, Blut und Leben zu machen haben, die Sorge vor der eigenen Tür stehen soll. Aber wir stehen im ganzen Reich harten Talsachen gegenüber, mit denen wir rechnen müssen. (Beifälliger Beifall.)

Die Versammlung schloß mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, die einen Protest gegen die Anstellungs- und Versorgungsregelung enthält, wie sie in dem Entwurf zum Reichsmantelgesetz vorgesehen ist und die Eingliederung in das geltende Beamtenrecht fordert. Nur so könne dem Volke eine im Geiste höchster Staatsgesinnung tätige Schutzpolizei erhalten werden. Der Entwurf des Reichsverbandes der Polizeibeamten biete eine Grundlage zu befriedigender Regelung. Sondergesetze, wie das Reichsmantelgesetz, die den Polizeibeamten die Grundlagen ihrer Existenz entziehen, lehne die Beamtenschaft mit aller Entschiedenheit ab.

Theorie und Praxis.

In den Gewerkschaften können die Kommunisten den Mund über die „Bögen“ und deren Bremspolitik nicht weit genug aufreißen. Sieht man sich aber die Tätigkeit der Kommunisten in ihren eigenen Unternehmungen an, wird man sehr schnell darüber belehrt, daß diese Herrschaften noch autoritärer bei ihnen mißliebigen Angestellten vorgehen, als es die kapitalistischen Unternehmer tun.

Bei der Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten sind als Geschäftsführer Herr Kemmele und Frauäulein Wolffstein tätig. Zwischen der I.V.A. und dem Zentralverband der Angestellten ist ein Tarifvertrag abgeschlossen, der die Bestimmungen vorstellt: „während einer Krankheit, Host oder Schwangerschaft darf keine Kündigung erfolgen“. Als nun bei der letzten (?) Spaltung der I.V.A. einige bei der I.V.A. tätige Angestellte zur I.V.A. übergingen, wollte man diesen Paragrafen schleimig aus dem Tarifvertrag entfernen lassen. Man berief die Angestellten zu einer Versammlung ein. Herr Kemmele appellierte eindringlich an die Parteizucht der Angestellten, und siehe da, es wurde der Beschluß gefaßt, den Paragrafen während einer Krankheit darf keine Kündigung erfolgen, zu streichen.

Da aber nicht das Personal der I.V.A., sondern der Zentralverband der Angestellten Tarifkontrakt ist, verlangte man von diesem, sich mit der Verschlechterung des Vertrages einverstanden zu erklären. Wir hätten nun einmal sehen mögen, welches Geschrei die Kemmele und Wolffstein erheben hätten, wenn es dem I.V.A. eingefallen wäre, in irgendeinem beliebigen Vertrag eine derartige Verschlechterung gutzuheißen.

Aber was tun die Weisen der I.V.A.? Sie erklären, die Angestellten haben beschlossen, diesen Paragrafen aufzugeben; ob die Organisation dieser Änderung zustimmt oder nicht, ist ganz gleichgültig, die „Masse“ haben zu entscheiden.

Das Kaufmannsgericht wird sich in der nächsten Zeit mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben, und wir zweifeln nicht daran, welche Seite Recht bekommen wird.

Zur Lohnbewegung im Feisurgetverbe.

Die Arbeitgeber fräuben sich mit Händen und Füßen gegen die Vereinfachung des Arbeitsnachweises im Feisurgetverbe. Sie betonen es als Idealzustand, daß in Berlin vier Arbeitsnachweise und außerdem mindestens drei Vermittlungsstellen bestehen, in denen der „individuellen“ Vermittlung, d. h. der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Umgehung aller juristischen und gesetzlichen Bestimmungen weitester Spielraum gelassen ist. Die berufliche Regelung der Arbeitszeit z. B. wurde mit der Begründung abgelehnt, daß sie ja gesetzlich festgelegt ist. Wo aber steht es mit der Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen? Die Geschäftstätigkeit läuft von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr, Mittagspause wird nur während zwei, oft auch nur anderthalb Stunden gegeben. Sonnabends wähet die Arbeitseier sogar noch eine Stunde länger. Und das nennt man dann Anrechnung der gesetzlichen Vorschriften!

Ein treffendes Beispiel ist die Betriebsordnung der Firma Kröniger, Kronenstr. 10, die uns vorliegt: „Geschäftsöffnung 8 Uhr morgens. Um diese Zeit hat sich jeder Angestellte unangekündigt an seinem Platz zu befinden. Schluß 6 1/2 Uhr. Jedoch ist bis dahin ansonstene Bedienung ohne Entlohnung gestattet, welches aber frühestens bis 7 Uhr zu geschehen hat. Da ein Verlassen des Geschäfts nicht immer möglich ist, so ist für Frühstück und Besper je 1/2 Stunde gedacht... die aber nicht regelmäßig sein kann. Mittagszeit von 12 bis 1 Uhr, 12 1/2 bis 2 Uhr u. m. (also 1 1/2 Stunden). — Von 8 Uhr bis 7 Uhr, weniger 1 1/2 Stunden Mittagspause sind 9 1/2 Stunden. Rechnet man die „gedachten“ Frühstück- und Besperpausen ab, so bleiben immer noch 8 1/2 Stunden. Bei den „gedachten“ Tausen denken wir uns aber, daß diese meist nicht innegehalten werden.“

Ein anderes Beispiel ist ein Arbeitsvertrag der Firma Trost, Rönninger Str. 60. Derselbe stellt per alle gesetzlichen Vorschriften auf den Kopf und beginnt wie folgt: „In Erwartung, daß sich der Beschäftigte wieder hebt und die Leistungen den Anforderungen entsprechen, wird Herr... vernehmungswise als beteiligter Mitarbeiter für alle geschäftlichen Arbeiten eingestellt.“ — Also unter zwei Voraussetzungen wird der Arbeitnehmer als „beteiligter Mitarbeiter“, „vernehmungswise“ eingestellt. Die Bezahlung für den „beteiligten“ ist 270 M. sowie ein stark verkaufte Prozeentsystem vom Verkauf. Gegenseitige Kündigungen findet nicht statt. Für einen beteiligten Mitarbeiter ist natürlich so etwas nicht nötig, dafür aber um so mehr die Verpflichtung, daß durch Unvorsichtigkeit entstandener Schaden ersetzt werden muß.“ Dieser Paragraf gibt dem Arbeitgeber jederzeit Gelegenheit, seinem Mitarbeiter eine Schadenersatzrechnung aufzuzeigen, die denselben eventuell festsetzen kann, so daß er schließlich noch dankbar sein muß, überhaupt weiterarbeiten zu dürfen.

Solche Verträge werden leider immer noch aus Unkenntnis und dem Wanken nach Arbeit unterschrieben. Die Rat zwingt die Feisurgeschichten, nur um Arbeit zu erhalten, die kaum höher bezahlt wird als die Erwerbslosenunterstützung ist, diese und ähnliche Be-

dingungen in Kauf zu nehmen. Und das nennen dann die Führer der Arbeitgeber „ordnungsmäßige Verhältnisse, die jedem Arbeitssuchen die Möglichkeit geben, sofort Arbeit zu erhalten“. Es wird höchste Zeit, daß auf solche Fiktionen im träben die passende Antwort gegeben wird. Die organisierten Feisurgeschichten werden diese in der Versammlung am Donnerstag abends 8 Uhr, im „Legenhaus“, Linienstr. 121, geben.

Doppelbeschäftigung von Beamten.

Uns wird folgende fast unfaßliche Mitteilung gemacht: Von den Beamten der Reichsschuldenverwaltung in der Drankenstrasse hat ein sehr großer Teil derselben (Militäranwälter) noch eine zweite Beschäftigung bei verschiedenen Banken in Privatgeschäften angenommen. Vorab in der Nationalbank, Behrenstrasse, machen diese Beamten zweiten Dienst in Ueberstunden und treten so als Lohnbrüder in diesen Betrieben auf. Sie arbeiten dort nach ihrem Dienst bis nachts 11 und 12 Uhr.

Diese Beamten laufen Sturm dagegen, daß auch sie jetzt acht Stunden bei ihrer staatlichen Behörde arbeiten sollen, was ein normaler Mensch kaum aushalte. Dabei aber arbeiten sie heimlich noch vier bis sechs Stunden extra. Wo sie am meisten und am eifrigsten arbeiten, wäre leicht festzustellen, zumal sie bei den Banken wirklich arbeiten müssen, da man sie sonst laufen läßt. Im Übrigen sind sie angestellt. Den Achtstundentag sind sie nicht wert.

Deutscher Verkehrsband, Vlt. Kauf- und Strohfabrik, Rein- und Elektroverleihen; Freitag abends 7 Uhr in den Feisurgeschichten, Vlt. Julestr. 32, große Brunnensammlung. Die Tage im Feisurgeschichtenverbe. Die Verhandlungen beim Demobilisationskommissioner. Es ist notwendig, daß alle Kollegen erscheinen. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert. Voraussetzungen am Saalzugang. — Die Versammlungsleitung.

Wirtschaft

Rußlands Außenhandelspolitik.

Die sowjetnische Moskauer „Swestija“ veröffentlicht eine Unterredung mit Krassin, der sich sehr ausführlich über die Bedingungen äußerte, unter denen ein Handelsverkehr zwischen Rußlands mit dem Auslande stattfinden könne. Er führte aus:

„Die Einführung eines freien russisch-ausländischen Handels ist ganz ausgeschlossen. Ein solcher Handel kann bei dem gegenwärtigen Zustand Rußlands nicht erlaubt werden und wird nicht erlaubt werden. Der Sowjetstaat muß das Außenhandelsmonopol unbedingt in der Hand haben. Würde er seine Kontrollrechte aufgeben, so würden sich dieselben Folgen zeigen, die sich in Deutschland und Österreich gezeigt haben, ein Ausverkauf des Landes zu Schleuderpreisen. Bei dem Warenverkehr, der in Rußland herrscht, würden die russischen Verkäufer und Käufer vollständig vom Auslandskapital abhängig werden und damit auch die Staatsgewalt in finanzieller Abhängigkeit vom Ausland bringen. Ein Staat kann auf das Außenhandelsmonopol nur verzichten, wenn er einen tadellos funktionierenden Zoll- und Steuerapparat hat, wie wir ihn heute nicht haben.“

Am Übrigen aber bedeutet die Monopolisierung des Außenhandels durchaus nicht die Ausschließung der Privatwirtschaft. Das Privatkapital soll an dem Außenhandel teilnehmen, aber dem Staat muß die Regulierung des Handels und die Sicherstellung der Staatsinteressen vorbehalten bleiben, weil bei der Konkurrenz, die sich einzelne russische Unternehmungen beim Außenhandel machen würden, aller Gewinn, der etwa zu erwarten ist, verloren gehen würde. Ebenfalls kann das Kommissariat für Außenhandel dem privaten ausländischen Kapital freie Wirtschaft in Rußland zubilligen und ihm erlauben, russische Rohstoffe auszuführen und als Gegenleistung den Rußland schlechte Auslandswaren zu liefern. So würde sich doch der Handel abspielen, wenn der Staat ihn nicht überwacht. Ein russisch-ausländischer Handelsverkehr ist überhaupt nur möglich, wenn dazu nur die größten und solidesten ausländischen Firmen herangezogen werden und zwar in der Form von sogenannten gemischten Gesellschaften, deren Kapital von Rußland und vom Ausland gestellt wird. Die geschäftlichen Unternehmungen für die Bildung solcher Gesellschaften sind geschaffen. Das Kommissariat für Außenhandel wird sich im Direktorium dieser Gesellschaften haben und sie kontrollieren können. Es wird durch seine Kapitalbewilligung automatisch an allen etwaigen Gewinnen aus dem Handelsverkehr beteiligt sein. Wir glauben bestimmt, daß das Auslandskapital auf diese Bedingungen eingehen wird, sobald es erst begriffen hat, daß die Hoffnungen, es könne in Rußland frei schalten, unerfüllbar ist.“

Es ist selbstverständlich, daß die gemischtwirtschaftlichen Außenhandelsgesellschaften der Tätigkeit des Privatkapitals weiten Spielraum lassen und so die tatsächliche Kontrolle des Staates über den Außenhandel stark einengen.

Verantwortl. für den Text: Feil: Hans Rißke, Berlin-Charlottenburg; für Anzeigen: Ed. Glöde, Berlin, Verlag Norddeutsches-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Norddeutsche-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Gewinn-Auszug

19. Veru.-Züdd. (245. Veru.-) Klassen-Lotterie 4. Klasse. 1. Ziehungsling 14. März 1922

Was jede große Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die Klasse vierter Nummer in den beiden Ziehungen I und II

Class	Summe	Rothrad verleiht
In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:		
2 zu 50000 M 23128		
2 zu 5000 M 209714		
8 zu 5000 M 51804 95557 109617 305698		
26 zu 1000 M 62697 81246 116977 134430 146320 156496 177885 216334 210717 47268		

Class	Summe	Rothrad verleiht
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:		
2 zu 1000 M 192154		
4 zu 5000 M 19140 184288		
14 zu 2000 M 69578 79747 83846 84804 187928 209633 209684		
24 zu 1000 M 28053 44734 54005 126077 134143 184035 190163 247091 283216 276938 281473 490916		

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu erfahren, die bei den staatlichen Lotterien-Einnehmern zur nächtlichen Einsicht ausliegen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 33 25. Geschäftszeit von 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telefon: Amt Berlin 333, 534, 335, 336. Donnerstag, den 16. März, abends 7 Uhr, im Saal von Braunmann (Sport), Kaungr. 27

Versammlung d. Metallformer u. Beratsg.

Sonderordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem Verein Berliner Metallgewerbetreibender und Beschäftigung. 11/14 Die Ortsverwaltung.

Bei mir

Ist jedes Stück mit Preisen versehen. Modellhüte, Hutformen und sämtliche Zutaten

direkt in Eekstein's Hutfabrik Invalidenstr. 35, E. Chausseest., nur L.E.

Umpressen von Herren- und Damenhüten

Spezial-Arzt Dr. Scott für Haut- u. Geschlechtskrankheiten.

Syphilis, Scharlach-Kuren ohne Quecksilber. Veraltete Harnleiden, Schwäche, Gicht, Eristige Blutunterbrechungen. Im Altesen Laboratorium. Dir.: Löser senior

Rosenthaler-Str. 69/70, nahe Pl. Dammstr. 26

Korbmöbel

aus Sie am vor teilhaftesten dir. b. Hersteller

A. Lesdau verkäufte für seine Korbmöbel

Fernadr. Neukölln 1789 Ausstell. u. Verkauf nur Neuk. Anzeigerstr. 26

Walthorus Hlenfong - Essenz

(Qualität) 12 Pl. M. 10, bei 24 Pl. M. 180 franko und inkl. Zu haben in Apotheken u. Drogerien. Hier Laboratorium E. Walthorus, Halle a. S.-Troja 15

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefern ich in Qualität und Preisen einzig dastehende

Trauringe

— 1 Ring, Dukatgold, von 200, — an
— 1 Ring, 585 gestempelt, von 180, — an
— 1 Ring, 333 gestempelt, von 70, — an

Garantieschola für gesetzliches Goldhalt.

Ausführlicher Katalog gratis!

H. Wiese, Juwelier

Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12

6 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl. Nähe Zoo

Telephone: Norden 1206. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Gold-Silber

Platin, Brillanten etc. allerhöchste Tagespreise!

C. Käferle, Juwelier

Frankfurter Allee 276 Nähe Ringbahnhof Fahrgeld wird vergütet!

Pelz-Haus abuco

Leipziger Str. 59 Zahlungsvorforderung

Korb- u. Rohrmöbel

Eig. Fabrik, stets hervorrang. Neuh. Gr. Ausw. Ulm. Preisb. Edmond Voß, Bin-Neukölln Berliner Str. 14, Nibelhermannplatz — Tel.: Neukölln 2204 Reparatur, silmt. Korbwaren

HELENE SIMON

Wohlfahrtspflege

2,50 Mark

Buchhandlung Vorwärts

SW 69, Lindenstraße 2